

DAS SCHICKSAL DER FREIBURGER JUDEN 1933 BIS 1945

20.3.1933	Max Mayer wird zusammen mit anderen Freiburger Stadträten und Stadtverordneten der SPD in „Schutzhaft“ genommen.
1.4.1933	Boykott jüdischer Geschäfte
Ende April 1933	Veranstalter und Händler jüdischer Abstammung wurden nicht mehr zur Frühjahrsmesse zugelassen.
Ende Juni 1933	In der Tageszeitung „Der Alemanne“ wurden bekannte Freiburger Juden diffamiert und so aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Hans Pollock, die zentrale Figur der Freiburger Fasnacht, wurde aus der Narrenzunft Freiburg ausgeschlossen. Mehrere Hundert Studenten demonstrieren vor dem Haus einer jüdischen Verbindung und fordern deren Schließung. Die SS brachte die jüdischen Studenten in „Schutzhaft“, die Polizei schloss das Haus.
1935	Entlassung von Angestellten und Beamte aus dem öffentlichen Dienst. „Nichtarischen“ Rechtsanwälten wurde die Zulassung entzogen; Ärzte von den Krankenkassen ausgeschlossen. Der Oberbürgermeister wies alle städtischen Beamten an, nicht bei Juden zu kaufen; auch das Grüßen von Juden verbot er. Juden wurde der Zutritt zu Freibädern verboten. In zwei Zimmern der Lessingschule wurde eine jüdische Volksschule eingerichtet (später im Gemeindehaus neben der Synagoge); sie wurde am 1.10.1939 aufgelöst. Beginn der Enteignung und des Verkaufs jüdischer Geschäfte („Arisierung“)
28.10.1938	Erste große Deportation nach Polen
10.9.1938	Pogrom: Die Synagoge am Werderring wurde durch Brandstiftung vollständig zerstört. Der Friedhof der israelitischen Gemeinde wurde geschändet; Geschäfte jüdischer Inhaber wurden geplündert und zerstört. 137 jüdische Bürger wurden verhaftet und nach Dachau deportiert.
Ab 1.1.1939	Edelmetalle und andere Wertgegenstände mussten zu staatlich festgesetzten Preisen abgeliefert werden. Der Mieterschutz wurde aufgehoben, zahlreiche jüdische Bürger wurden aus ihren Häusern vertrieben und in „Judenhäusern“ zusammengelegt. Ein Großteil der Freiburger Juden versuchte zu emigrieren, scheiterte aber.
22.10.1938	Deportation in das Konzentrationslager Gurs in den Pyrenäen sowie kleine Lager in Südfrankreich. Die Namen von 360 Freiburgern sind bekannt. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. In den Jahren 1942 und 1943 wurden die Lagerhäftlinge in die Vernichtungslager in Polen gebracht, die nur wenige überlebten.
23.8.1942	Deportation von 31 jüdischen Bürgern in das KZ-Theresienstadt.
April 1944 bis Februar 1945	Weitere Deportationen nach Theresienstadt. Bis 1945 wurden insgesamt 425 Freiburger Juden deportiert.

„ARISIERUNG“ JÜDISCHEN EIGENTUMS ODER: VERDRÄNGUNG UND SYSTEMATISCHER RAUB IN FREIBURG

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers wurde ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Verlauf Juden aus allen Wirtschaftsbereichen verdrängt werden sollten. Geschäftsleute, Händler und Fabrikanten waren immer stärkeren Diskriminierungen und Verfolgungsdruck ausgesetzt. Viele jüdische Unternehmer hatten infolge einer Hetzkampagne des „Alemannen“, einer nationalsozialistischen Tageszeitung, starke Umsatzeinbußen hinzunehmen. Durch Boykottaktionen sollten Freiburger davon abgehalten werden, in Betrieben unter jüdischer Leitung zu kaufen. Der Rückgang der Kunden und damit des Umsatzes führte zur Geschäftsaufgabe von 27% der jüdischen Unternehmen zwischen 1933 und 1935. Der Verkauf führte zu hohen Verlusten auf Seiten der bisherigen Inhaber. Bis Ende 1937 wurden etwa 80% der ehemals über 200 in Freiburg existierenden Unternehmen in jüdischem Besitz vor dem Novemberpogrom verkauft oder aufgelöst (Brucher-Lembach, S. 98). Ab 1937 schaltete sich das badische Finanz- und Wirtschaftsministerium in die Verhandlungen über den Verkauf der Betriebe ein. (Clausing, S. 212).

Als Beispiel für die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen wird im Folgenden kurz der „Verkauf“ des Warenhauses Sally Knopf geschildert (nach Clausing, S. 214): Aufgrund der Umsatzrückgänge durch den Boykott seiner Geschäfte in Freiburg, Schopfheim, Emmendingen und Lörrach sah sich der Unternehmer Arthur Knopf gezwungen, dem Verkauf seiner Filialen zuzustimmen. Die Interessenten, die Geschäftsführer Roth und Richter, wurden von Oberregierungsrat Stöckinger unterstützt, der im badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium für die Verkäufe jüdischer Unternehmen zuständig war. Stöckinger hatte sowohl die Käufer als auch den Kaufpreis bestimmt. Für die Ware und Einrichtung wurde ein sehr niedriger Preis festgelegt. Über den Kaufpreis in Höhe von rund 806 000 RM konnte Arthur Knopf nie verfügen. Ab 1938 bildeten die „Verordnung zur Ausschaltung (von Juden) aus dem Wirtschaftsleben“ und die „dritte Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens die rechtliche Grundlage für die Ausplünderung jüdischen Eigentums.

Die „Arisierung“ jüdischen Eigentums bezog sich auch auf das Privatvermögen der Verfolgten: Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen regelte ab 1938 den Raub jüdischen Vermögens. Beispielsweise wurden Juden durch eine Verordnung vom 21.2.1939 verpflichtet, alle in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände aus Gold, Silber und Platin sowie Edelsteine und Perlen abzuliefern, in Freiburg nahm die städtische Pfandleihanstalt die Gegenstände entgegen. Wer sich weigerte, musste mit schweren Strafen rechnen. Der festgesetzte Preis lag bei einem Sechstel des tatsächlichen Wertes. Davon wurde zudem noch eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10% abgezogen. (Brucher-Lembach, S. 79-80).

Literatur:

Brucher-Lembach, Andrea: ... wie Hunde auf ein Stück Brot: die Arisierung und der Versuch der Wiedergutmachung in Freiburg, Bremgarten: Donzelli-Kluckert, 2004.

Clausing, Kathrin: Leben auf Abruf: zur Geschichte der Freiburger Juden im Nationalsozialismus, Freiburg im Breisgau 2005.

Stengel, Katharina [Hrsg.]: Vor der Vernichtung: die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag 2007.

DER LEDERHÄNDLER UND STADTVORORDNETE MAX MAYER

Nicht weit entfernt vom Münster in der Schustergasse 23 hatte Max Mayer seinen Lederhandel. Max Mayer gehörte der reformierten Richtung des Judentums an. Die Familie war in das gesellschaftliche Leben der Stadt integriert; seine Tochter Lotte besuchte das Goethe-Gymnasium am Holzmarkt, Max Mayer engagierte sich auch politisch: Seit 1911 war er für die SPD Mitglied im Bürgerausschuss. Der Reichstagsbrand bot den Nationalsozialisten, die auch in Freiburg 1933 die Herrschaft an sich genommen hatten, den Vorwand, die Sozialdemokraten zu verhaften. Max Mayer sah sich Ende März 1933 gezwungen, seine kommunalpolitischen Ämter nieder zu legen. Zwei Jahre später wurde er zum Verkauf seiner Lederhandlung genötigt, die damit „arisiert“ wurde. Im Unterschied zu anderen „Arisierungen“ soll der Verkauf an den Angestellten Eugen Rees fair abgelaufen sein. In der Reichspogromnacht am 9. November wurde Max Mayer, wie 136 andere Freiburger Juden, 1938 ins KZ Dachau verschleppt.

Aus der Haft im Konzentrationslager Dachau kehrte er nach einigen Wochen an Körper und Seele versehrt nach Freiburg heim. Max Mayer gelang gemeinsam mit seiner Frau die Flucht aus Deutschland, zunächst in die Schweiz, dann über Portugal in die USA. Seine Tochter Lotte Paepcke wurde gemeinsam mit ihrem Sohn Peter im Kolleg St. Sebastian in Stegen bis 1945 versteckt. Nach dem Tod seiner Frau Olga kehrte Max Mayer zu seiner Tochter nach Freiburg zurück, wo er 1962 verstarb. Er ist auf dem jüdischen Friedhof begraben.

Literatur:

Paepcke, Lotte/Mayer, Max: Ein kleiner Händler, der mein Vater war: eine deutsch-jüdische Geschichte. Mit einem Brief an seinen Enkel Peter aus dem Jahr 1938/von Max Mayer. - Freiburg im Breisgau/Basel/Wien: Herder, 2002.

Böhme, Rolf/Haumann, Heiko: Das Schicksal der Freiburger Juden am Beispiel des Kaufmanns Max Mayer und die Ereignisse des 9./10. November 1938: in der Vergangenheit liegt die Kraft für die Zukunft, 1. Aufl.. - Freiburg i. Br. : Schillinger, 1989. Reihe: (Stadt und Geschichte ; 13)

Haumann, Heiko: Das Schicksal der Juden, in: Haumann, Heiko/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg, 2. Aufl. 2001, Band 3, S. 325-339.

KÄTHE VORDTRIEDE(1891-1964)

Käthe Vordtriede wurde 1891 als Käthe Blumenthal in Hannover geboren. Sie war eine Tochter aus gutem Hause, ihre Eltern waren assimilierte deutsche Juden, ihr Vater erfolgreich als Kaufmann. Die Kindheit verbrachte sie in Herford. Mit 20 Jahren heiratete sie standesgemäß den Fabrikanten Gustav Adolf Vordtriede; 1911 wurde ihre Tochter Fränze geboren. Die Familie zog nach Bielefeld um, dort wurde 1915 ihr Sohn Werner geboren.

Käthe Vordtriede traf für ihre großbürgerliche Herkunft sehr ungewöhnliche Entscheidungen: Sie trat 1918 in die SPD ein; trennte sich von ihrem Mann und zog nach Freiburg, wo sie fortan lebte, arbeitete und ihre Kinder alleine großzog. Erst arbeitete sie als Sekretärin an der Universität, ab 1925 als Journalistin bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“. Seit 1930 verfasste sie auch Artikel für die von Kurt Tucholsky herausgegebene Zeitschrift „Weltbühne“. engagierte sich ehrenamtlich für die Arbeiterkinder im Freiburger Stadtteil Haslach, wo sie in der Fichtestraße mit ihren Kindern ein kleines Haus bewohnte.

Mit dem Verbot der „Volkswacht“ durch die Nationalsozialisten 1933 verlor sie ihre Stellung und wurde zudem wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ mehrfach verhaftet. In den folgenden Jahren versuchte sie ihre finanzielle Existenz als Vertreterin und Marktforscherin für Sunlicht zu sichern, sozial wurde sie wie alle Freiburger Juden immer stärker diskriminiert und isoliert. Sie wurde aus ihrem Haus vertrieben. Über eine längere Zeit bereitete sie ihre Flucht aus Deutschland vor. Nachdem ihre Kinder schon emigriert waren, Werner in die Schweiz, später in die USA, Fränze nach England, gelang Käthe Vordtriede im September 1939 endlich die Flucht über die Schweizer Grenze. Die folgenden zwei Jahre lebte sie im Kanton Thurgau, gerettet, aber in ständiger Angst, nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Hier verfasste sie einen Beitrag für einen von der Harvard University ausgeschriebenen Wettbewerb der Universität Harvard, in dem sie sehr eindrucksvoll ihr Leben nach 1933 schildert. Währenddessen wurde ihr wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Am 1. Dezember 1941 erreichte sie New York, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. Sie bestritt ihren Lebensunterhalt als hart arbeitende Putzfrau, Haushälterin, Babysitterin, Sekretärin, kurzfristig auch wieder als Journalistin für die deutsche Ausgabe des New York Herald Tribune. Mitten in den Vorbereitungen zu ihrer Übersiedlung nach München, wo ihr Sohn Werner Professor für Germanistik und vergleichende Literaturwissenschaft geworden war, starb sie. Ihre Asche wurde, wie sie es wünschte, im Ozean verstreut.

Literaturtipp:

Käthe Vordtriede: *"Mir ist es immer noch wie ein Traum, dass mir diese abenteuerliche Flucht gelang."* Briefe nach 1933 aus Freiburg, Frauenfeld und New York an ihren Sohn Werner. Hrsg. v. M. Bosch, Lengwil 1998.

Käthe Vordtriede: *"Es gibt Zeiten, in denen man welkt". Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933.* Hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Detlef Garz, Lengwil 1999.

Filmtipp:

Chronistin in dunkler Zeit - Die Freiburger Journalistin Käthe Vordtriede. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2001.

DAS WARENHAUS SALLY KNOPF

In der Kaiserstraße, ganz nah der Buchhandlung Herder, befand sich das Kaufhaus Sally Knopf. Die Fassade des Gebäudekomplex wurde 1904 von den Architekten Walter und Jacobsen dem Zeitgeschmack des Jugendstil entsprechend modern gestaltet, sie erregte Aufsehen und provozierte Diskussionen in der Stadt. Die großen, hellen Schaufenster öffneten den Blick in die elegante und aufwändige Gestaltung der Verkaufsräume, die die Zeitgenossen wohl beeindruckten. Das Kaufhaus wurde nach dem Tod des Vaters 1921 von Arthur Knopf und seiner Mutter, später von ihm alleine geleitet. Arthur Knopf war 1879 in Posen geboren, in Freiburg aufgewachsen und hatte den Kaufmannsberuf erlernt um in das väterliche Unternehmen mit einzusteigen. Die Familie bewohnte eine Villa in der Beethovenstraße.

Dass die Leitung des Unternehmens, zu dem Geschäfte in Lörrach, Schopfheim und in der Schweiz gehörten, erfolgreich war, belegt der in den zwanziger Jahren groß angelegte Aus- und Umbau des Warenhauses in Freiburg. Doch nur wenige Jahre nach der Neueröffnung des Geschäfts wurden Arthur Knopf und seine Familie Opfer einer von den Nationalsozialisten angezettelten Kampagne und rassistischen Verfolgung. Die „Arisierung“ führte zum Verlust der deutschen Unternehmensteile. Die Firma Knopf war als jüdisches Warenhausunternehmen eine Zielscheibe für nationalsozialistische Propaganda, die diese als „Schädlinge am gewerblichen Mittelstand“ diskreditierten. Die von der SA initiierte Aktion gegen die Kaufhäuser Wohlwerth, Ehape und Knopf im März 1933 bildete den Auftakt für die systematische wirtschaftliche Vernichtung dieser Unternehmen. Einige Tausend Demonstranten, die in der Kaiserstraße zusammengekommen waren, forderten lautstark: „Kauft nicht bei Juden, unterstützt den Mittelstand!“ Der Boykott jüdischer Geschäfte begann offiziell am 1. April 1933. In den Zeitungen wurden Listen mit den Namen und Adressen von Geschäften veröffentlicht, die nach dem Willen der NSDAP nicht mehr aufgesucht werden sollten. Die NSDAP-Kreisleitung verbot ihren Mitgliedern das Betreten „jüdischer Geschäfte“. Die NS-Propaganda verfehlte ihre beabsichtigte Wirkung nicht: Die Umsätze gingen in den Geschäften zurück, die Geschäftsführung wurde sehr schwer.

In der Nacht der reichsweiten Pogrome am 9. November 1938 wurde auch Arthur Knopf verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau interniert. Dort wurde er misshandelt. Unter der Auflage, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen, wurde er am 22.12.1938 entlassen. Knopf verkaufte unter diesem politischen Druck die deutschen Geschäfte, nach eigenen Angaben unter ihrem tatsächlichen Wert und floh nach Freiburg in die Schweiz. Dorthin waren auch zwei seiner Schwestern geflüchtet. Die dritte Schwester, Betty, war behindert und lebte in der Anstalt Illenau. Sie wurde im Rahmen der sogenannten T4-Aktion im Oktober 1940 in Grafeneck ermordet. Arthur Knopf gelang ein erfolgreicher Neubeginn als Unternehmer in der Schweiz. Er starb in 1963 in Varin.

Literatur:

Ecker, Ulrich P.: Die Familie Knopf, in: Haumann, Heiko/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg, 2. Aufl. 2001, Band 3, S. 683-689.

DER FREIBURGER NATIONALÖKONOM ROBERT LIEFMANN

Robert Liefmann wurde 1874 als Sohn des Kaufmannes Semmy Liefmann in Hamburg geboren. Hier verbrachte er seine Kindheit. Robert wurde, wie seine Geschwister, evangelisch getauft, nachdem die Eltern zum evangelischen Glauben konvertiert waren. Die Mutter zog nach dem Tod des Vaters mit den Kindern nach Freiburg. In der Goethestraße 33 im bürgerlichen Stadtteil Wiehre kaufte sie 1894 eine Villa. Robert studierte Nationalökonomie in Freiburg, Berlin, München und Brüssel. In Gießen habilitierte er sich und wurde 1904 außerordentlicher Professor für Nationalökonomie in Freiburg, 1914 dann ordentlicher Professor. Infolge der nationalsozialistischen Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verlor er 1933 seinen Lehrstuhl an der Universität. Auch seine Schwester Else wurde durch die neuen Gesetze der Nationalsozialisten scharf diskriminiert. Aufgrund der Nürnberger Rassengesetze wurde ihr die Kassenzulassung entzogen und sie musste ihre Praxis aufgeben. Am 22. Oktober 1940 deportierte die Gestapo die Geschwister Else, Robert und Martha in das südfranzösische Lager Gurs. Die Familie wurde enteignet, das Haus „arisiert“. Die Gestapo nutzte das Haus in der Goethestraße. Robert starb infolge der schrecklichen Bedingungen im Konzentrationslager. Martha gelang die Ausreise, Else floh in die Schweiz. In Zürich verbrachten sie die letzten Jahre ihres Lebens. Martha starb 1952, Else 1970.

Nach Kriegsende wurde das Haus von der Französischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und diente der Militärpolizei als Stützpunkt. Später ging an das Land Baden-Württemberg, das dort von 1949 bis 2000 ein Polizeirevier einrichtete. Im Zuge eines Restitutionsverfahrens gelang es Else Liefmann, das geraubte Haus in der Goethestraße zurückerhalten. Allerdings wollte sie nicht mehr nach Deutschland zurück. Heute wird das Liefmann-Haus als Gästehaus von der Universität Freiburg genutzt. Vor dem Haus erinnern die Stolpersteine des Künstlers Günter Demnig, die auf Initiative von Marlies Meckel dorthin gesetzt wurden, an das Schicksal der Geschwister Liefmann.

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2., erw. Aufl., Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Freudenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben : jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz: Hartung-Gorre, 1993.

Filmtipp:

Ein Haus erzählt Geschichte(n): Hinter der Fassade. Das Liefmann Haus in Freiburg. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2007.

DIE FREIBURGER KINDERÄRZTIN ELSE LIEFMANN

Else Liefmann wurde 1881 als Tochter des Kaufmannes Semmy Liefmann in Hamburg geboren. Hier verbrachte sie auch mit ihrer Familie ihre ersten Lebensjahre. Else wurde, wie ihre Geschwister, evangelisch getauft, nachdem die Eltern zum evangelischen Glauben konvertiert waren. Die Mutter zog nach dem Tod des Vaters mit den Kindern nach Freiburg. In der Goethestraße 33 im bürgerlichen Stadtteil Wiehre kaufte sie 1894 eine Villa. Elses ältester Bruder Robert wurde Professor für Nationalökonomie an der Universität Freiburg, die jüngste Schwester Martha studierte Kunstgeschichte.

Else Liefmann arbeitete zunächst als Grundschullehrerin und studierte dann Medizin. Im Jahr 1915 eröffnete sie in der Gartenstraße 30 eine Praxis für Säuglings- und Kinderkrankheiten sowie für "Ärztliche Erziehungsberatung". In den folgenden Jahren engagierte sie sich auf vielfältige Weise. Sie arbeitete mit der Universitätskinderklinik zusammen, engagierte sich als Stadtverordnete für die liberale Deutsche Demokratische Partei, arbeitete mit der Mütterberatung, mit Kinder- und Jugendhorten zusammen und war im Bereich der Frauenbildung tätig. Sie war Mitbegründerin des "Deutschen Ärztinnenbundes" in Berlin und Gründerin der Freiburger Ortsgruppe des "Deutschen Akademikerinnenbundes".

Das Jahr 1933 bildete einen herben Einschnitt in die bisher erfolgreiche und glückliche Zeit im Leben Else Liefmanns. Aufgrund der Nürnberger Rassengesetze wurde Else Liefmann die Kassenzulassung entzogen und sie musste ihre Praxis aufgeben. Infolge der nationalsozialistischen Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verlor der Bruder Robert 1933 seinen Lehrstuhl an der Universität. Am 22. Oktober 1940 deportierte die Gestapo die Geschwister Else, Robert und Martha in das südfranzösische Lager Gurs. Die Familie wurde enteignet, das Haus „arisiert“. Die Gestapo nutzte das Haus in der Goethestraße. Robert starb infolge der schrecklichen Bedingungen im Konzentrationslager. Martha gelang die Ausreise, Else floh in die Schweiz. In Zürich verbrachten sie die letzten Jahre ihres Lebens. Martha starb 1952, Else 1970.

Nach Kriegsende wurde das Haus von der französischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und diente der Militärpolizei als Stützpunkt. Später ging an das Land Baden-Württemberg, das dort von 1949 bis 2000 ein Polizeirevier einrichtete. Im Zuge eines Restitutionsverfahrens gelang es Else Liefmann, das geraubte Haus in der Goethestraße zurückerhalten. Allerdings wollte sie nicht mehr in Deutschland leben. 1954 kehrte sie noch einmal für einen Besuch nach Freiburg zurück. Sie regte an, dass 1962 auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge eine Gedenktafel errichtet wurde.

Heute wird das Liefmann-Haus als Gästehaus von der Universität Freiburg genutzt. Vor dem Haus erinnern die Stolpersteine des Künstlers Günter Demnig, die auf Initiative von Marlies Meckel dorthin gesetzt wurden, an das Schicksal der Geschwister Liefmann.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2., erw. Aufl., Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Freudenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben: jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz: Hartung-Gorre, 1993.

Kühbacher, Ingrid: Sie lebten in Freiburg. Erinnerungen beim Gang über den alten Friedhof. Freiburg: Schillinger 2006.

Filmtipp:

Ein Haus erzählt Geschichte(n): Hinter der Fassade. Das Liefmann Haus in Freiburg. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2007.

9. NOVEMBER 1938: POGROM IN FREIBURG

Früh am Morgen des 10. November 1938 brannte die Freiburger Synagoge lichterloh. Das jüdische Gemeindehaus wurde gestürmt und die Einrichtung zerstört. Anlass für die Pogrome, die am 9. und 10. November im gesamten Deutschen Reich stattfanden, war das Attentat Herschel Grünspons, eines polnischen Juden, dessen Eltern aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren, auf den Legationssekretär der Pariser Botschaft Ernst vom Rath. Der Propagandaminister Joseph Goebbels nutzte das Ereignis um umfassende Gewalttätigkeiten gegen die jüdische Bevölkerung zu lancieren.

In Freiburg wurde der Brand der Synagoge durch SS- und SA-Männer unter der Führung von SS-Standartenführer Walter Gunst und SA-Brigadeführer Joachim Weist gelegt. (Clausing, S. 259). Der Pogrom in Freiburg verlief nicht koordiniert, vielmehr befolgten die beteiligten Institutionen gemäß der Anweisungen ihrer Vorgesetzten. So war es möglich, dass der diensthabende Kriminalsekretär in der Nacht zum Tatort begab und unter Strafandrohung von SS-Standartenführer Gunst weggeschickt wurde. So war es möglich, dass auch der Staatsanwalt Weiss, der das Gelände besichtigen wollte, auf Weisung des Generalstaatsanwalts in Karlsruhe die Ermittlungen einstellte. Und so war es möglich, dass die herbeigeholte Feuerwehr den Brand auf Weisung von Gunst nicht löschte, sondern nur das Übergreifen der Flammen auf die nahe gelegene Universität verhinderte. (Clausing, S. 260f.)

Die Angestellten der jüdischen Gemeinde, der Rabbiner Dr. Scheuermann, der Kantor Ziegler und der Vorsitzende des Synagogenrats Loeb David Maier wurden aus dem Bett geholt und mussten die Zerstörung des Gotteshauses mit ansehen. Scheuermann wurde gezwungen, innerhalb von 30 Tagen Deutschland zu verlassen und emigrierte in die USA. In derselben Nacht hatte der Reichsführer SS den Befehl zur Festnahme aller männlichen Juden gegeben. Infolgedessen wurden in Freiburg 137 Juden verhaftet, viele brutal misshandelt und dann ins Gefängnis gebracht. Von dort wurden sie am 10. November ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Dort waren sie wochenlang bzw. monatelang Qualen und Demütigungen ausgesetzt. Bis auf zwei, die im Konzentrationslager starben, kehrten aller körperlich und seelisch versehrt nach Freiburg zurück. Sie erhielte die Auflage, ihre Betriebe zu verkaufen und/oder das Land baldmöglichst zu verlassen. Die jüdische Gemeinde musste für die Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten selbst aufkommen.

Die Berichterstattung der gleichgeschalteten Presse über die Pogrome des 9. und 10. November waren vom Propagandaministerium gesteuert. Einzelheiten über den Freiburger Synagogenbrand wurden nicht berichtet.

Im Jahr 1949 fand ein Prozess wegen Brandschätzung der Synagogen in Freiburg, Breisach, Eichstetten und Ihringen statt. Acht Männer wurden angeklagt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen, die anderen zu Haftstrafen bis zu einem Jahr verurteilt. Die Hauptverantwortlichen konnten nicht zur Rechenschaft gezogen werden, da sie im Krieg gefallen waren bzw. als vermisst galten.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Literatur:

Clausing, Kathrin: Leben auf Abruf: zur Geschichte der Freiburger Juden im Nationalsozialismus, Freiburg im Breisgau 2005.

Haumann, Heiko: Das Schicksal der Juden, in: Haumann, Heiko/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg, 2. Aufl. 2001, Band 3, S. 325-339.

DEPORTATIONEN NACH GURS

Die Gauleiter von Baden, Robert Wagner, und der Saarpfalz, Joseph Bürckel, beschlossen, die Juden in den ihnen unterstellten Gebieten nach Frankreich zu deportieren. In der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1940, zum Ende des jüdischen Laubhüttenfests Sukkot, wurden die jüdischen Bürger aufgefordert, sich innerhalb kurzer Zeit reisefertig zu machen. Daraufhin wurden am 22. und 23. Oktober 6504 badische, pfälzische und saarländische Juden festgenommen. Betroffen waren Menschen jeden Alters, vom Kind bis zum Greis. Die Gestapo wollte die Aktion unter strengster Geheimhaltung durchführen. Die Freiburger Juden scheinen völlig überrascht worden zu sein. Allerdings verbreitete die Nachricht von der bevorstehenden Deportation sehr schnell und viele Freiburger wurden doch zu Augenzeugen der Aktion. In den Stadtteilen. z. B. am Annaplatz in der Wiehre, wurden die Juden gesammelt und in Lastwagen gezwungen. Auf der Stühlinger Brücke (heute: Wiwili Brücke) stauten sich die Polizeiwagen. Vom Güterbahnhof aus erfolgte dann die Deportation. Therese Loewy, die Witwe des Mathematikprofessors Alfred Loewy, und der Kaufmann Max Frank nahmen sich angesichts der bevorstehenden Deportationen das Leben.

Sieben Eisenbahnzüge aus Baden und zwei Züge aus der Pfalz brachten die Deportierten ins Landesinnere Frankreichs. Die Fahrt dauerte drei Tage und vier Nächte, bis die Gefangenen schließlich am Fuße der Pyrenäen in Oloron-Sainte-Marie auf Lastwagen verladen und die meisten in das Internierungslager Gurs gebracht wurden. Schon unterwegs starben einige ältere Menschen aufgrund der Strapazen: Große Enge, unzureichende sanitäre Anlagen, Nahrungs- und Wassermangel machten die Situation unerträglich. Am 23. Oktober meldete Wagner in vorausweisendem Gehorsam nach Berlin, sein Gau sei als erster Gau des Reiches „judenrein“. Damit hatte die Verfolgung eine neue Dimension erreicht: Für die meisten bedeutete die Deportation den Tod.

Trotz Protest der französischen Vichy-Regierung bleiben die Menschen zunächst im Lager. Die unmenschlichen Bedingungen dort bewirken, dass viele schon in den ersten Wochen bzw. im Verlauf des Winters sterben. Überlebende wurden in die Konzentrations- und Vernichtungslager in den besetzten Ostgebieten, Theresienstadt und Auschwitz, deportiert und dort ermordet. Den Holocaust überlebten 77 Freiburger Juden.

Literatur (Auswahl):

Ecker, Ulrich P.: Die Deportation der Freiburger Juden nach Gurs. Geschichtsverein Breisgau, "Schau-ins-Land", Bd. 119, S. 141-151.

Haumann, Heiko [Hrsg.]: "Eigentlich habe ich nichts gesehen ...": Beitr. zu Geschichte u. Alltag in Südbaden im 19. u. 20. Jh., Freiburg i. Br.: Dreisam-Verl., 1987, (Alltag & [und] Provinz ; 1).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): "... es geschah am helllichten Tag!": die Deportation der badischen, pfälzer und saarländischen Juden in das Lager Gurs/Pyrenäen; Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 5. Aufl. 2005.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Liefmann, Martha/Liefmann/Else; Wiehn/Erhard Roy [Hrsg.], Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942; mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2., erw. Aufl. Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Ott, Hugo: Laubhüttenfest - Warum Therese Loewy einsam sterben musste. Freiburg i. Br., 1994.

Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.], Camp de Gurs 1940: zur Deportation der Juden aus Südwestdeutschland; 60 Jahre danach zum Gedenken, Konstanz: Hartung-Gorre, 2000.

DIE VERFOLGUNG DER FREIBURGER JUDEN 1933 BIS 1945

M1

Im Jahr 1933 lebten in Freiburg 1138 Menschen jüdischen Glaubens, das waren 1,15% der Einwohner. Die meisten waren gesellschaftlich integriert, viele nahmen aktiv am gesellschaftlichen Leben teil und bekleideten geachtet berufliche Positionen: Die Hälfte der Freiburger Juden waren als Händler, Kaufleute, Geschäftsinhaber, Unternehmer und Bankiers tätig; 15 % waren als Wissenschaftlicher oder Studierende an der Universität tätig, je 5 % als Ärzte, im Rechtswesen oder in freien Berufen, 10% als Arbeiter und Angestellte (Haumann, S. 329).

Die Politik der Diskriminierung und Verfolgung der Bürger jüdischen Glaubens und von Christen, die nach nationalsozialistischen Maßstäben als Juden galten, veränderte das Leben dieser Menschen von Beginn der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 tiefgreifend. Sie hatten die Stadt und den Schwarzwald als ihre Heimat angesehen, aus der sie nun Schritt für Schritt ausgeschlossen, verdrängt und vertrieben wurden. Den jüdischen Bürgern wurde sukzessive die Teilnahme am öffentlichen Leben, der Besuch der Schule verboten, die Arbeitsstelle, das Einkommen genommen und das Eigentum geraubt.

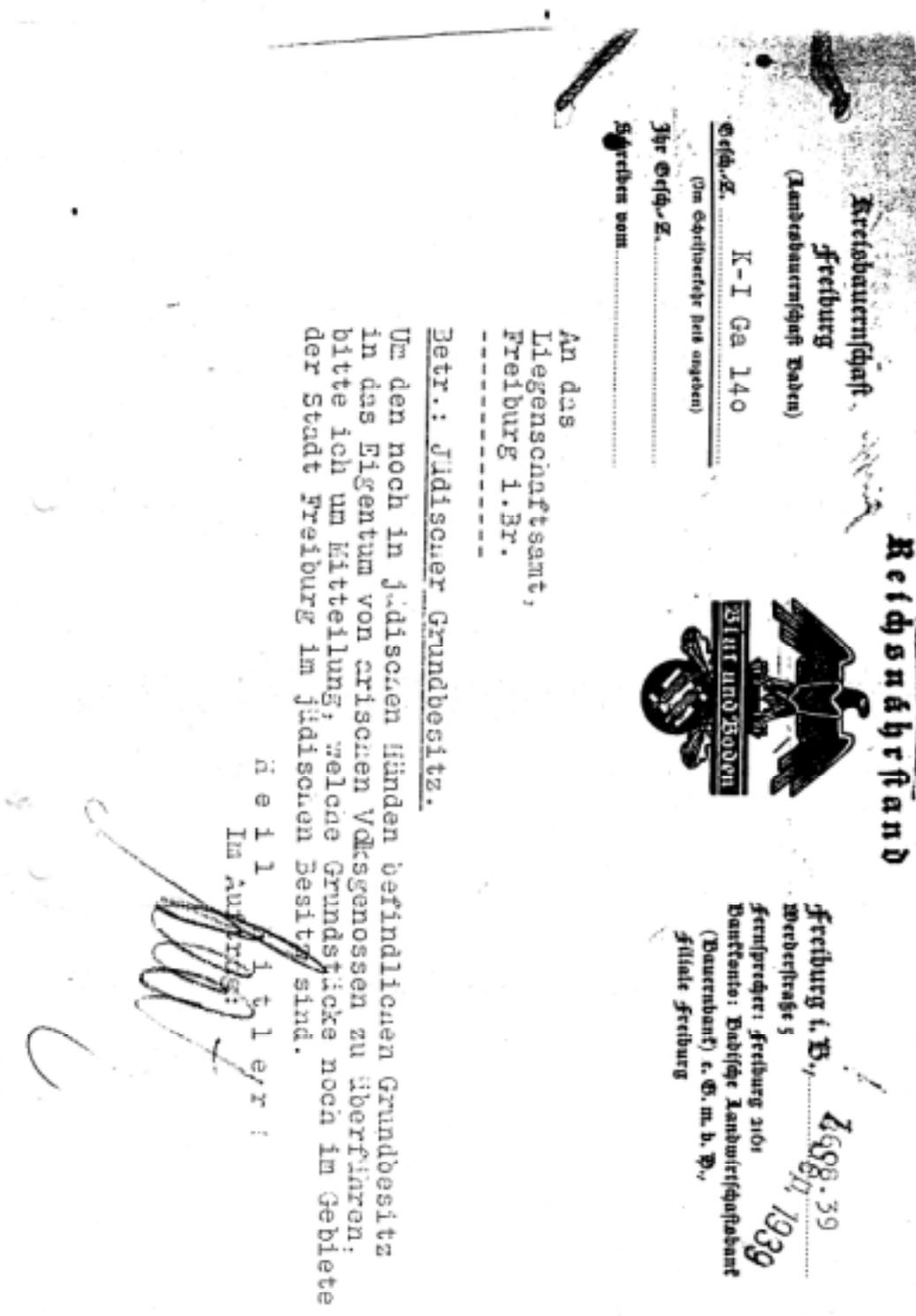
Wer nicht rechtzeitig emigrieren wollte oder fliehen konnte, wurde in Vernichtungslager deportiert. Einige entgingen der Deportation, weil sie von mutigen Menschen versteckt wurden. Nur wenige überlebten die Shoah.

Literatur:

Haumann, Heiko: Das Schicksal der Juden, in: Haumann, Heiko/Hans Schadek (Hg.): Geschichte der Stadt Freiburg, 2. Aufl. 2001, Band 3, S. 325-339.

DIE „ARISIERUNG“ JÜDISCHEN EIGENTUMS ODER:
DER SYSTEMATISCHE RAUB

M1 Brief der Reichsbauernschaft an das Liegenschaftsamt, 1.9.1939 © Stadtarchiv Freiburg



Erläuterungen zu M1:

Reichsnährstand: NS-Organisation, in der alle Personen, die landwirtschaftliche Produkte erzeugten oder vertrieben, gleichgeschaltet waren.

Liegenschaftsamt: kommunale Einrichtung, die bebaute und unbebaute Grundstücke im Besitz einer Stadt oder Gemeinde verwaltet.

M2

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers wurde ein Prozess in Gang gesetzt, in dessen Verlauf Juden aus allen Wirtschaftsbereichen verdrängt werden sollten. Geschäftsleute, Händler und Fabrikanten waren immer stärkeren Diskriminierungen und Verfolgungsdruck ausgesetzt. Viele jüdische Unternehmer hatten infolge einer Hetzkampagne des „Alemannen“, einer nationalsozialistischen Tageszeitung, starke Umsatzeinbußen hinzunehmen. Durch Boykottaktionen sollten Freiburger davon abgehalten werden, in Betrieben unter jüdischer Leitung zu kaufen. Der Rückgang der Kunden und damit des Umsatzes führte zur Geschäftsaufgabe von 27% der jüdischen Unternehmen zwischen 1933 und 1935. Der Verkauf führte zu hohen Verlusten auf Seiten der bisherigen Inhaber. Bis Ende 1937 wurden etwa 80% der ehemals über 200 in Freiburg existierenden Unternehmen in jüdischem Besitz vor dem Novemberpogrom verkauft oder aufgelöst (Brucher-Lembach, S. 98). Ab 1937 schaltete sich das badische Finanz- und Wirtschaftsministerium in die Verhandlungen über den Verkauf der Betriebe ein. (Clausing, S. 212).

Als Beispiel für die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen wird im Folgenden kurz der „Verkauf“ des Warenhauses Sally Knopf geschildert (nach Clausing, S. 214): Aufgrund der Umsatzrückgänge durch den Boykott seiner Geschäfte in Freiburg, Schopfheim, Emmendingen und Lörrach sah sich der Unternehmer Arthur Knopf gezwungen, dem Verkauf seiner Filialen zuzustimmen. Die Interessenten, die Geschäftsführer Roth und Richter, wurden von Oberregierungsrat Stöckinger unterstützt, der im badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium für die Verkäufe jüdischer Unternehmen zuständig war. Stöckinger hatte sowohl die Käufer als auch den Kaufpreis bestimmt. Für die Ware und Einrichtung wurde ein sehr niedriger Preis festgelegt. Über den Kaufpreis in Höhe von rund 806.000 RM konnte Arthur Knopf nie verfügen. Ab 1938 bildeten die „Verordnung zur Ausschaltung (von Juden) aus dem Wirtschaftsleben“ und die „dritte Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens die rechtliche Grundlage für die Ausplünderung jüdischen Eigentums.

Die „Arisierung“ jüdischen Eigentums bezog sich auch auf das Privatvermögen der Verfolgten: Eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen regelte ab 1938 den Raub jüdischen Vermögens. Beispielsweise wurden Juden durch eine Verordnung vom 21.2.1939 verpflichtet, alle in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände aus Gold, Silber und Platin sowie Edelsteine und Perlen abzuliefern, in Freiburg nahm die städtische Pfandleihanstalt die Gegenstände entgegen. Wer sich weigerte, musste mit schweren Strafen rechnen. Der festgesetzte Preis lag bei einem Sechstel des tatsächlichen Wertes. Davon wurde zudem noch eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10% abgezogen. (Brucher-Lembach, S. 79-80).

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Aufgaben:

1. Arbeite aus M1 heraus, w elche Ziele mit dem Brief verfolgt w erden.
2. Erkläre, w arum im Brief von „arischen Volksgenossen“ die Rede ist.
3. Stelle den Brief in den Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Ausgrenzung der Freiburger Juden (M2).

Literatur:

Brucher-Lembach, Andrea: ... wie Hunde auf ein Stück Brot : die Arisierung und der Versuch der Wiedergutmachung in Freiburg, Bremgarten: Donzelli-Kluckert, 2004.

Clausing, Kathrin: Leben auf Abruf: zur Geschichte der Freiburger Juden im Nationalsozialismus, Freiburg im Breisgau 2005.

Stengel, Katharina [Hrsg.]: Vor der Vernichtung: die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verlag 2007.

DER LEDERHÄNDLER UND STADTVERRORDNETE MAX MAYER

Die Verschleppung ihres Vaters in das Konzentrationslager Dachau am 9. November 1938 und die weiteren Folgen beschreibt Lotte Paepcke:

M1

Dann klingelte es in der Nacht. Zwei Männer kamen den Vater holen. Es war der 9. November, und der Vater kam ins KZ. Das Datum, das Wort und seine Abkürzung waren noch nicht geläufig damals, und erst während Stunden, während Tagen begriff man, dass sich das, was nun begann, ein Pogrom nannte. Die Synagogen brannten. Die Juden selbst hätten sie angezündet, sagten die Gestapomänner in der Nacht. Das war deutlich und nackt der bare Unsinn, nicht einmal der Versuch einer Rechtfertigung oder Ausrede. Es war die Legitimierung der Lüge als Vernichtungsmittel. Wer sie aussprach, wusste, dass er log, wer sie hörte und las, wusste, es war gelogen, aber dies war belanglos. Es wäre niemand mehr auf den Gedanken gekommen, hier ein Wort beim Wort zu nehmen. Alle verstanden: Untergang.

Der Vater war fort, verschwunden, ohne eine Spur zu hinterlassen. Er konnte in der Stadt sein oder in der Umgebung. Er konnte auf einem Transport sein oder tot. In den nächsten Tagen war unser Haus voll von verstörten, weinenden Frauen Töchtern, Schwestern abgeholter Männer, Väter, Brüder. (...)

Dann erfuhr man das Wort „Dachau“, und man könne warme Sachen schicken. Die weinenden Frauen trafen sich nun vor der Gepäckrampe des Güterbahnhofes. Zwei Frachtgutangestellte nahmen diese Schachteln und Koffer und Pakete, alle unter derselben Adresse an viele Männer mit Vornamen „Israel“ kurz und barsch entgegen. Es war, als wären sie Boten eines Hades, Zwischerweltengel in Uniform, vielleicht wissend, aber unansprechbar.

Man ging wieder heim, den langen Weg über die Eisenbahnbrücke, durch die Markgrafstraße über den Münsterplatz ins Haus. Alles schien wie immer. Und wenn ein Unwissender nach dem Vater fragte, so sagte man, er sei verreist. Das Wort „verreist“ hatte sich ganz von selbst eingestellt, es war eine ebenso klare Lüge wie der Synagogenbrand, den die Juden entfacht hätten. Aber in dem Bereich des blinden Flecks, der das Verschwinden des Vaters bedeutete und anzeigte, gab es keine adäquate Sprache. (...)

Obwohl das Nichts den Vater verschlungen zu haben schien, spie es ihn nach einigen Wochen wieder aus. Im noch frühen Dämmern eines Morgens kam er an vor dem Haus, läutete, stapfte die Treppe herauf und stand in der Küche. Ich sah den Vater wieder. Er hatte seinen Mantel ausgezogen und stand da. Es stand einer da. Er machte sich den Kragen auf, weil ihm bang war. Er zog die Jacke aus, weil er etwas tun wollte. Er sah uns in die Gesichter und wir sahen ihm in sein Gesicht. Sein Gesicht zeigte uns Knochen mit Haut darüber. Die Zähne waren länger geworden. Die Augen standen eng beisammen in Angst und in geduckter Unterwürfigkeit. In das Gesicht waren Prügel geschrieben. Und über dem geprügelten Blick stand der Schädel, kahl.

Der Mann war kahlgeschoren. Er sah in unsere Gesichter und bat uns um Verzeihung. Er bat um Verzeihung wegen seines veränderten Wesens. Wie er so unangemessen jammervoll hier in der Küche vor uns stand. Geprügelt. Jämmerlich. Und ohne Haar. Schmachvoll kahlgeschoren kläglich.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

An jener Stelle Mitleid in mir riss etw as. Es entstand eine radikale Verletzung, die den Fluss des Lebens zwang, eine andere Richtung zu nehmen. Himmel und Erde, Nacht und Tag hatten sich verändert. Es wurde alles anders für immer. Die Wahrheit hatte eingeschlagen. (...)

Die nächsten Wochen ohne Haar waren schwierig zu überbrücken. Der Vater konnte außerhalb des engsten Freundeskreises den Hut nicht abnehmen. Denn das gab es ja nicht in Deutschland, dass einer kahlgeschoren herumliefe. Das gab es bei Strafgefangenen, aber nicht bei unbescholtenen Bürgern. Und auf solche Weise, die es in Deutschland nicht gab, herumzugehen, war Anklage, war Widerstand und lebensgefährlich. Von einer Reise, die man gemacht hatte, kam man nicht mit nacktem Schädel zurück.

Aber es wuchsen Stoppeln, und sie wurden länger, und das Haar legte sich schließlich, weiß geworden, wieder über den Kopf. Die ins Gesicht geschriebenen Prügel und anderes nicht Ausgesprochenes überwuchsen nach Jahren. Es blieben jedoch kahle Stellen bis zum Tod.

Erläuterungen:

Gestapo: Geheime Staatspolizei

Männer mit Vornamen „Israel“: Zur Kennzeichnung mussten Juden ab 1.1.1939 die Namen „Israel“ bzw. „Sarah“ annehmen.

Hades: Unterwelt in der griechischen Mythologie

Keine adäquate Sprache: keine passenden Worte

Aufgaben:

1. Arbeite heraus, welche Folgen die Verhaftung des Vaters für die Familie hat.
2. Beschreibe die Auswirkungen der Haft im Konzentrationslager Dachau auf Max Mayer.
3. Erkläre, warum die Familie die Haft geheim hält und von einer „Reise“ spricht.

Literatur:

Paepcke, Lotte; Mayer, Max: Ein kleiner Händler, der mein Vater war: eine deutsch-jüdische Geschichte. Mit einem Brief an seinen Enkel Peter aus dem Jahr 1938/von Max Mayer. - Freiburg im Breisgau/Basel/Wien: Herder, 2002.

Böhme, Rolf; Haumann, Heiko: Das Schicksal der Freiburger Juden am Beispiel des Kaufmanns Max Mayer und die Ereignisse des 9./10. November 1938: in der Vergangenheit liegt die Kraft für die Zukunft, 1. Aufl.. - Freiburg i. Br. : Schillinger, 1989. Reihe: (Stadt und Geschichte ; 13)

DIE FREIBURGER JOURNALISTIN KÄTHE VORDTRIEDE



M1: Käthe Vordtriede in den zwanziger Jahren © Literaturarchiv Marbach



M2: Käthe Vordtriede mit ihren Kindern Fränze und Werner © Literaturarchiv Marbach

Käthe Vordtriede wurde 1891 als Käthe Blumenthal in Hannover geboren. Sie war eine Tochter aus gutem Hause, ihre Eltern waren assimilierte deutsche Juden, ihr Vater erfolgreich als Kaufmann. Die Kindheit verbrachte sie in Herford. Mit 20 Jahren heiratete sie standesgemäß den Fabrikanten Gustav Adolf Vordtriede; 1911 wurde ihre Tochter Fränze geboren. Die Familie zog nach Bielefeld um, dort wurde 1915 ihr Sohn Werner geboren.

Käthe Vordtriede traf für ihre großbürgerliche Herkunft sehr ungewöhnliche Entscheidungen: Sie trat 1918 in die SPD ein; trennte sich von ihrem Mann und zog nach Freiburg, wo sie fortan lebte, arbeitete und ihre Kinder alleine großzog. Erst arbeitete sie als Sekretärin an der Universität, ab 1925 als Journalistin bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“. Seit 1930 verfasste sie auch Artikel für die von Kurt Tucholsky herausgegebene Zeitschrift „Weltbühne“. engagierte sich ehrenamtlich für die Arbeiterkinder im Freiburger Stadtteil Haslach, wo sie in der Fichtestraße mit ihren Kindern ein kleines Haus bewohnte.

Mit dem Verbot der „Volkswacht“ durch die Nationalsozialisten 1933 verlor sie ihre Stellung und wurde zudem wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ mehrfach verhaftet. In den folgenden Jahren versuchte sie ihre finanzielle Existenz als Vertreterin und Marktforscherin für Sunlicht zu sichern, sozial wurde sie wie alle Freiburger Juden immer stärker diskriminiert und isoliert. Sie wurde aus ihrem Haus vertrieben. Über eine längere Zeit bereitete sie ihre Flucht aus Deutschland vor. Nachdem ihre Kinder schon emigriert waren, Werner in die Schweiz, später in die USA, Fränze nach England, gelang Käthe Vordtriede im September 1939 endlich die Flucht über die Schweizer Grenze. Die folgenden zwei Jahre lebte sie im Kanton Thurgau, gerettet, aber in ständiger Angst, nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Hier verfasste sie einen Beitrag für einen von der Harvard University ausgeschriebenem

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Wettbewerber der Universität Harvard, in dem sie sehr eindrucksvoll ihr Leben nach 1933 schildert. Währenddessen wurde ihr wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Am 1. Dezember 1941 erreichte sie New York, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. Sie bestritt ihren Lebensunterhalt als hart arbeitende Putzfrau, Haushälterin, Babysitterin, Sekretärin, kurzfristig auch wieder als Journalistin für die deutsche Ausgabe des New York Herald Tribune. Mitten in den Vorbereitungen zu ihrer Übersiedlung nach München, wo ihr Sohn Werner Professor für Germanistik und vergleichende Literaturwissenschaft geworden war, starb sie. Ihre Asche wurde, wie sie es wünschte, im Ozean verstreut.

Käthe Vordtriede: "Mir ist es noch wie ein Traum, dass mir diese abenteuerliche Flucht gelang ..." : Briefe nach 1933 aus Freiburg im Breisgau, Frauenfeld und New York an ihren Sohn Werner/Käthe Vordtriede. - Lengwil : Libelle-Verl., 1998, S.89-91.

M3: Auszug aus einem Brief an den Sohn Werner Vordtriede (ohne Datum)

Jüdische Zahnärzte dürfen noch praktizieren; da alle männlichen sitzen, kommen alle jüdischen Frauen, Kinder und Greise aus ganz Baden mit ihren Zahnschmerzen zu ihr. Gestern kam eine sehr vornehme jüdische Universitätsprofessorengattin in die Sprechstunde, warf sich ihr zu Füßen und umklammerte sie und bat um Gift, weil sie nicht länger in Schande leben könne. Sie wolle einen sicheren und schmerzlosen Tod. Frau H. sagte, sie hätte keins da, obgleich sie natürlich immer was hat zum schmerzlosen Zahnziehen. Die Dame wurde ganz kalt und würdig sagte sie, es wäre gut, sie würde eine andere Todesart wählen. Dienstag morgen klingelten 2 SA bei Frau H. Sie sagten, sie müssten Haussuchung nach Waffen machen. Frau H. sagte, dass das bereits vorige Woche gewesen wäre, sie hätten alle 3, einschließlich Opa Neumark unterschrieben, dass sie keine hätten. Antwort: „Wenn ihr uns nicht suchen lasst, geht’s euch anders, ihr Mörderpack!“ Also ließen sie sie herein. Sie nahmen aber nur den Radio, der vor 2 Jahren für 300.- gekauft wurde, weil sie zugestandenermaßen Straßburg gehört hatte. Auch sollte sie ihre Leica geben, weil sie sonst die Festungswerke in Breisach fotografieren würden, aber sie hat keine. Frau H. ging dann hinüber zum Telegrafendirektor, um die Rundfunkgebühr zu kündigen, wobei sie erfuhr, dass es eine Köpenickiade war.

Das gleiche bei Epstein-Rheinstraße. Frau H. montierte darauf ihr Haustürschild ab, worauf sie nun nichts mehr zu essen haben werden, denn die mit der Bahn kommenden Patienten werden sie nicht mehr finden, und Geld abheben dürfen die Juden nicht mehr. Die Konten sind gesperrt, bis die Milliarde Lösegeld für die raubritterlich geraubten Juden bezahlt ist. (Macht Euch keine Sorge um mich, Krebs gab mir von Deinem Geld, liebe Fränze, Du bist ja keine Jüdin!) Der Telegrafendirektor war außer sich und sagte, er würde die Sache polizeilich

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

verfolgen, denn in Deutschland herrschte Sitte und Gesetz, und jeder Jude hätte genau solche Rechte wie ein Christ. Die in brauntuchene Uniform (also waren sie was Höheres) gekleideten SA-Leute hatten erst unten gefragt, ob die Neumark-Herzfeld Jüdin sei. Heute kommt ein französischer Jude aus Dachau zurück nach Freiburg, der versehentlich eingelocht war. In Müllheim sind sämtliche Haushaltungen zerstört (20) und eine Schweizer Jüdin, 64 Jahre alt, auf Gesicht und Rücken geschlagen.(...) Alle Geschäfte müssen bis 1. Januar liquidiert sein, dabei ist kein Mann da, der das besorgen kann. Arthur Knopf sitzt auch. Desto einfacher die Beschlagnahme fürs 3. Reich.

Erläuterungen

Im Brief werden die Verfolgung und der Raub des Eigentums der jüdischen Bürger nach den Pogromen vom 9. November 1938 geschildert.

2 SA: zwei Männer von der Sturmabteilung

Straßburg gehört hatten: Es war in Deutschland verboten, ausländische Rundfunksender zu hören.

Leica: Fotoapparat

Dachau: Das KZ Dachau, wohin 137 Freiburger Juden am 10.11.1938 deportiert wurden.

Köpenickiade: Hochstapelei bzw. Amtsanmaßung, bei der etwas erschlichen wird.

1 Milliarde Lösegeld: Herrmann Göring bestrafte die deutschen Juden für das Attentat Herschel Grüns auf den Legationssekretär Ernst vom Rath, der der Reichsleitung den Vorwand für die reichsweiten Pogrome bot. Die sogenannte „Sühneleistung“ oder „Judenbuße“ sollte innerhalb eines Jahres in vier Quartalsraten aufgebracht werden. Die erste Rate wurde am 15. Dezember 1938, die letzte am 15. August 1939 fällig. Jeder jüdische Bürger, der mehr als 5.000 Reichsmark Vermögen besaß, musste davon 20 Prozent an den Staat abgeben.

Aufgaben:

1. Arbeite aus dem Brief heraus, welche rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierungen die Juden zu erleiden hatten.
2. Beschreibe die Reaktionen der Betroffenen.
3. Käthe Vordtriede wollte auswandern, aber es dauerte lange, bis ihr schließlich die Flucht in die Schweiz gelang. Erläutere, wie sie als ebenfalls Betroffene die Ereignisse für ihre Familie kommentiert.
4. Einige Freiburger waren nicht mit der Verfolgung der Juden einverstanden. Deshalb schlossen sich manche infolge der Novemberpogrome zum „Freiburger Kreis“ zusammen, die Widerstand gegen Hitler leisteten. Recherchiere, wer dazu gehörte, welche Ziele sie hatten und welche Aktionen sie durchführten.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Literatur:

Käthe Vordtriede: *"Mir ist es immer noch wie ein Traum, dass mir diese abenteuerliche Flucht gelang."* Briefe nach 1933 aus Freiburg, Frauenfeld und New York an ihren Sohn Werner. Hrsg. v. M. Bosch, Lengwil 1998.

Käthe Vordtriede: *"Es gibt Zeiten, in denen man welkt"*. Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Detlef Garz, Lengwil 1999.

Filmüpp:

Chronistin in dunkler Zeit - Die Freiburger Journalistin Käthe Vordtriede. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2001.

DIE FREIBURGER JOURNALISTIN KÄTHE VORDTRIEDE



M1: Käthe Vordtriede in den zwanziger Jahren, © Literaturarchiv Marbach

M2: Käthe Vordtriede mit ihren Kindern Fränze und Werner, © Literaturarchiv Marbach

Käthe Vordtriede wurde 1891 als Käthe Blumenthal in Hannover geboren. Sie war eine Tochter aus gutem Hause, ihre Eltern waren assimilierte deutsche Juden, ihr Vater erfolgreich als Kaufmann. Die Kindheit verbrachte sie in Herford. Mit 20 Jahren heiratete sie standesgemäß den Fabrikanten Gustav Adolf Vordtriede; 1911 wurde ihre Tochter Fränze geboren. Die Familie zog nach Bielefeld um, dort wurde 1915 ihr Sohn Werner geboren.

Käthe Vordtriede traf für ihre großbürgerliche Herkunft sehr ungewöhnliche Entscheidungen: Sie trat 1918 in die SPD ein; trennte sich von ihrem Mann und zog nach Freiburg, wo sie fortan lebte, arbeitete und ihre Kinder alleine großzog. Erst arbeitete sie als Sekretärin an der Universität, ab 1925 als Journalistin bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“. Seit 1930 verfasste sie auch Artikel für die von Kurt Tucholsky herausgegebene Zeitschrift „Weltbühne“. engagierte sich ehrenamtlich für die Arbeiterkinder im Freiburger Stadtteil Haslach, wo sie in der Fichtestraße mit ihren Kindern ein kleines Haus bewohnte.

Mit dem Verbot der „Volkswacht“ durch die Nationalsozialisten 1933 verlor sie ihre Stellung und wurde zudem wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ mehrfach verhaftet. In den folgenden Jahren versuchte sie ihre finanzielle Existenz als Vertreterin und Marktforscherin für Sunlicht zu sichern, sozial wurde sie wie alle Freiburger Juden immer stärker diskriminiert und isoliert. Sie wurde aus ihrem Haus vertrieben. Über eine längere Zeit bereitete sie ihre Flucht aus Deutschland vor. Nachdem ihre Kinder schon emigriert waren, Werner in die Schweiz, später in die USA, Fränze nach England, gelang Käthe Vordtriede im September 1939 endlich die Flucht über die Schweizer Grenze. Die folgenden zwei Jahre lebte sie im Kanton Thurgau, gerettet, aber in ständiger Angst, nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Hier verfasste sie einen Beitrag für einen von der Harvard University ausgeschriebenen

Wettbewerb der Universität Harvard, in dem sie sehr eindrucksvoll ihr Leben nach 1933 schildert. Währenddessen wurde ihr wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Am 1. Dezember 1941 erreichte sie New York, wo sie bis zu ihrem Tod lebte. Sie bestritt ihren Lebensunterhalt als hart arbeitende Putzfrau, Haushälterin, Babysitterin, Sekretärin, kurzfristig auch wieder als Journalistin für die deutsche Ausgabe des New York Herald Tribune. Mitten in den Vorbereitungen zu ihrer Übersiedlung nach München, wo ihr Sohn Werner Professor für Germanistik und vergleichende Literaturwissenschaft geworden war, starb sie. Ihre Asche wurde, wie sie es wünschte, im Ozean verstreut.



© Sybille Buske

Aufgabe:

Straßen haben Namen, damit wir uns in der Stadt orientieren können. Viele Straßen tragen die Namen wichtiger Persönlichkeiten. Auf diese Weise sollen wir uns an diese Menschen erinnern. In Freiburg gibt es im Riesefeld einen Weg, der nach Käthe Vordtriede benannt wurde.

Versetze dich in folgende Situation: Der Weg soll offiziell eingeweiht werden, dies übernimmt der Bürgermeister, der bei der Einweihung eine kurze Ansprache hält. Im Folgenden findest du Bausteine für diese Rede. Du sollst die Rede fertig schreiben: Formuliere dazu einige Sätze, die Antworten auf folgende Fragen geben und füge sie als zusammenhängenden Text in die Rede ein: Wer war Käthe Vordtriede? Was erlebte sie zwischen 1933 und 1940 in Freiburg? Warum sollen wir uns an sie erinnern? Informationen dazu findest du in D 3.

EINWEIHUNGSREDE DES KÄTHE-VORDTRIEDE-WEGS

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Gemeinderat ist sehr froh darüber – und ich denke, die Bürgerinnen und Bürger sind es auch – dass wir heute den Käthe-Vordtriede-Weg offiziell seiner Bestimmung übergeben konnten. Der Weg liegt hier im neuen Stadtteil Rieselfeld. Im Freiburger Westen wächst auf 70 Hektar ein neuer, attraktiver Stadtteil heran: Das Rieselfeld beruht auf einer stadtplanerischen und baulichen Konzeption von beispielhaftem Charakter.

XXX

XXX

Als Bürgermeister von Freiburg und im Namen des Gemeinderats darf ich allen, die an dieser erfolgreichen Umsetzung beteiligt waren, sehr herzlich danken. Das gilt für die Mitarbeiter des Planungsbüros, die beratenden Ingenieure wie auch für die ausführenden Firmen.

Nicht vergessen möchte ich unser Bauamt, die Bauverwaltung sowie den Bauhof, die am Erfolg ebenfalls maßgeblich beteiligt waren.

Bedanken möchte ich mich vor allem auch bei den Anliegern, die im Rahmen der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung mitgewirkt haben und das Ergebnis mittragen.

Sie alle haben das bestens hinbekommen. Herzlichen Dank dafür!

Diese Straßen, meine Damen und Herren, sind nicht nur Wege von A nach B, Straßen stellen darüber hinaus Verbindungen her und ermöglichen Lebensqualität. Sichere und intakte Verkehrswege haben schon immer zur ökonomischen Entwicklung einer Gemeinde beigetragen, auch bei uns in der Stadt Freiburg.

Sehr gerne habe ich den Käthe-Vordtriede-Weg offiziell seiner Bestimmung übergeben. Möge der Verkehr – ob zu Fuß oder mit dem Fahrzeug – immer unfallfrei verlaufen!

Literatur:

Käthe Vordtriede: *"Mir ist es immer noch wie ein Traum, dass mir diese abenteuerliche Flucht gelang."* Briefe nach 1933 aus Freiburg, Frauenfeld und New York an ihren Sohn Werner. Hrsg. v. M. Bosch, Lengwil 1998.

Käthe Vordtriede: *"Es gibt Zeiten, in denen man welkt"*. Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Detlef Garz, Lengwil 1999.

Filmtipp:

Chronistin in dunkler Zeit - Die Freiburger Journalistin Käthe Vordtriede. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2001.

DAS WARENHAUS KNOPF

M1 Das Warenhaus Sally Knopf in der Kaiserstraße, 1904

© Stadtarchiv Freiburg



M2 Die Journalistin Käthe Vordtriede berichtet über den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 in Freiburg:

„Vor einem Warenhaus sah ich einen SA-Mann stehen, dessen Familie ich Weihnachten 1932 von Kopf bis Fuß mit den Sachen eingekleidet hatte, die mir der jüdische Inhaber dieses Warenhauses als Spende für die Arbeiterwohlfahrt geschenkt hatte. Er war der größte Wohltäter Freiburgs, der, im Gegensatz zu den meisten christlichen Warenhäusern, nie Ladenhüter für die Armen gab, sondern nur gute, neue Waren, die ich aussuchen durfte und die er dann der Arbeiterwohlfahrt in zwei riesigen Kisten aufs Büro zur Verteilung sandte. Da stand nun dieser Mann am 1. April 1933, der Weihnachten noch Kommunist gewesen war und sicher unter seinem braunen Hemde eines trug, das ihm der Mann geschenkt hatte, vor dessen besudelten Schaufenster er jetzt sein „Kauft nicht bei Juden“ brüllte.“

Quelle: Käthe Vordtriede: *"Es gibt Zeiten, in denen man welkt"*. *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933*. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen v. Detlef Garz, Lengwil 1999, S. 104-105.

DER FREIBURGER NATIONALÖKONOM ROBERT LIEFMANN



© Hartung-Gorre-Verlag Konstanz

Robert Liefmann lebte mit seiner Familie in der Goethestraße 33 im bürgerlichen Stadtteil Wiehre. Robert studierte Nationalökonomie in Freiburg, Berlin, München und Brüssel. In Gießen habilitierte er sich und wurde 1904 außerordentlicher Professor für Nationalökonomie in Freiburg, 1914 dann ordentlicher Professor. Infolge der nationalsozialistischen Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verlor er 1933 seinen Lehrstuhl an der Universität. Zum weiteren Schicksal Robert Liefmanns vgl. D 6.

M1 Auszug

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Vom 7. April 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

(2) Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, unmittelbare und mittelbare Beamte der Länder und Beamte der Gemeinden und Gemeindeverbände, Beamte von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen. Die Vorschriften finden auch Anwendung auf Bedienstete der Träger der Sozialversicherung, welche die Rechte und Pflichten der Beamten haben.

(3) Beamte im Sinne dieses Gesetzes sind auch Beamte im einstweiligen Ruhestand.

(4) Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft werden ermächtigt, entsprechende Anordnungen zu treffen.

M2

Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 11. April 1933.

Auf Grund des § 17 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 175) wird verordnet was folgt:

Zu § 2: Ungeeignet sind alle Beamte, die der kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören. Sie sind daher zu entlassen.

Zu § 3: (1) Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat.

(2) Wenn ein Beamter nicht bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen ist, hat er nachzuweisen, daß er arischer Abstammung oder Frontkämpfer, der Sohn oder Vater eines im Weltkrieg Gefallenen ist. Der Nachweis ist durch die Vorlegung von Urkunden (Geburtsurkunde und Heiratsurkunde der Eltern, Militärpapiere) zu erbringen.

(3) Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rasseforschung einzuholen.

Zu § 4: (1) Bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 4 Satz 1 gegeben sind, ist die gesamte politische Betätigung des Beamten, insbesondere seit dem 9. November 1918, in Betracht zu ziehen.

(2) Jeder Beamte ist verpflichtet, der obersten Reichs- oder Landesbehörde (§ 7) auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, welchen politischen Parteien er bisher angehört hat. Als politische Parteien im Sinne dieser Bestimmung gelten auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Richterbund und die Liga für Menschenrechte.

4.

Alle Verhandlungen, Urkunden und amtliche Bescheinigungen, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich werden, sind gebühren- und stempelfrei.

Berlin, den 11. April 1933.

*Der Reichsminister des Innern
Frick*

*Der Reichsminister der Finanzen
Graf Schwerin von Krosigk*

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/ns.html>

http://www.documentarchiv.de/ns/1933/berufsbeamtentum_vo01.html

Aufgaben:

1. Die neuen Regelungen von 1933 wurden „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ genannt. Erläutere, was M1 und M2 besagten.
2. Erkläre, welche Ziele die Nationalsozialisten mit dieser Gesetzgebung verfolgten.
3. Beurteile dann die Benennung des Gesetzes und seiner Verordnungen.
4. Nenne die Regelung, die die Grundlage für die Entlassung Robert Liefmanns aus der Universität bildete. Überlege, welche Folgen die Entlassung Robert Liefmanns für ihn und seine Familie hatte.
5. Verfasse einen Tagebucheintrag eines Kollegen, der seit vielen Jahren mit Robert Liefmann zusammenarbeitete, der seine Stelle weiterhin innehatte.

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn/Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2. erw. Aufl., Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Freudenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben: jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz: Hartung-Gorre, 1993.

Filmtipp:

Ein Haus erzählt Geschichte(n): Hinter der Fassade. Das Liefmann Haus in Freiburg. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2007.

DIE FREIBURGER KINDERÄRZTIN ELSE LIEFMANN

M1 Else Liefmann 1941, © Hartung-Gorre Verlag Konstanz



Aufgabe:

Straßen, Wege und Plätze haben Namen, damit wir uns in der Stadt orientieren können. Viele Straßen, Wege und Plätze tragen die Namen wichtiger Persönlichkeiten. Auf diese Weise sollen wir uns an diese Menschen erinnern. In Freiburg gibt es in Weingarten einen Platz, der nach Else Liefmann benannt wurde.

Versetze dich in folgende Situation: Der Platz soll offiziell eingeweiht werden, dies übernimmt der Bürgermeister, der bei der Einweihung eine kurze Ansprache hält. Im Folgenden findest du Bausteine für diese Rede. Du sollst die Rede fertig schreiben: Formuliere dazu einige Sätze, die Antworten auf folgende Fragen geben und füge sie als zusammenhängenden Text in die Rede ein: Wer war Else Liefmann? Was erlebte sie zwischen 1933 und 1940 in Freiburg und später im französischen Gurs? Warum sollen wir uns an sie erinnern? Informationen dazu findest du in D 7.

M2 © Sybille Buske



M3

EINWEIHUNGSREDE DES ELSE-LIEFMANN-PLATZES

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Gemeinderat ist sehr froh darüber – und ich denke, die Bürgerinnen und Bürger sind es auch –, dass wir heute den Else-Liefmann-Platz offiziell seiner Bestimmung übergeben konnten. Der Weg liegt hier im neuen Stadtteil Weingarten im Freiburger Westen.

XXX

XXX

Als Bürgermeister von Freiburg und im Namen des Gemeinderats darf ich allen, die an dieser erfolgreichen Umsetzung beteiligt waren, sehr herzlich danken. Das gilt für die Mitarbeiter des Planungsbüros, die beratenden Ingenieure wie auch für die ausführenden Firmen.

Nicht vergessen möchte ich unser Bauamt, die Bauverwaltung sowie den Bauhof, die am Erfolg ebenfalls maßgeblich beteiligt waren.

Bedanken möchte ich mich vor allem auch bei den Anliegern, die im Rahmen der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung mitgewirkt haben und das Ergebnis mittragen.

Sie alle haben das bestens hinbekommen. Herzlichen Dank dafür!

Plätze wie der Else-Liefmann-Platz, meine Damen und Herren, sind Orte zum Anhalten, zum Verweilen. Sie ermöglichen Begegnungen und Gespräche. Sie ermöglichen Lebensqualität.

Sehr gerne habe ich den Else-Liefmann-Platz offiziell seiner Bestimmung übergeben. Möge der Platz ein schöner Ort für die Bürgerinnen und Bürger sein!

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2. erw. Aufl., Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Freundenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben: jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942 ; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz: Hartung-Gorre, 1993.

Kühbacher, Ingrid: Sie lebten in Freiburg. Erinnerungen beim Gang über den alten Friedhof. Freiburg: Schillinger 2006.

Filmipp:

Ein Haus erzählt Geschichte(n): Hinter der Fassade. Das Liefmann Haus in Freiburg. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2007.

DIE FREIBURGER KINDERÄRZTIN ELSE LIEFMANN

M1 Else Liefmann 1941, © Hartung-Gorre Verlag Konstanz



Else Liefmann wurde 1881 als Tochter des Kaufmannes Semmy Liefmann in Hamburg geboren. Hier verbrachte sie auch mit ihrer Familie ihre ersten Lebensjahre. Else wurde, wie ihre Geschwister, evangelisch getauft, nachdem die Eltern zum evangelischen Glauben konvertiert waren. Die Mutter zog nach dem Tod des Vaters mit den Kindern nach Freiburg. In der Goethestraße 33 im bürgerlichen Stadtteil Wiehre kaufte sie 1894 eine Villa. Elses ältester Bruder Robert wurde Professor für Nationalökonomie an der Universität Freiburg, die jüngste Schwester Martha studierte Kunstgeschichte.

Else Liefmann arbeitete zunächst als Grundschullehrerin und studierte dann Medizin. Im Jahr 1915 eröffnete sie in der Gartenstraße 30 eine Praxis für Säuglings- und Kinderkrankheiten sowie für "Ärztliche Erziehungsberatung". In den folgenden Jahren engagierte sie sich auf vielfältige Weise. Sie arbeitete mit der Universitätskinderklinik zusammen, engagierte sich als Stadtverordnete für die liberale Deutsche Demokratische Partei, arbeitete mit der Mütterberatung, mit Kinder- und Jugendhorten zusammen und war im Bereich der Frauenbildung tätig. Sie war Mitbegründerin des "Deutschen Ärztinnenbundes" in Berlin und Gründerin der Freiburger Ortsgruppe des "Deutschen Akademikerinnenbundes".

Das Jahr 1933 bildete einen herben Einschnitt in die bisher erfolgreiche und glückliche Zeit im Leben Else Liefmanns. Aufgrund der Nürnberger Rassengesetze wurde Else Liefmann die Kassenzulassung entzogen und sie musste ihre Praxis aufgeben. Zum weiteren Schicksal Else Liefmanns vgl. D 7.

M2

Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

Vom 25. Juli 1938. (Auszug)

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte erlöschen am 30. September 1938.

§ 2

Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann auf Vorschlag der Reichsärztekammer Ärzten, deren Bestallung auf Grund des § 1 erloschen ist, die Ausübung des Ärzteberufes widerruflich gestatten. Die Genehmigung kann unter Auflagen erteilt werden.

§ 3

(1) Juden, deren Bestallung (Approbation) erloschen und denen eine Genehmigung nach § 2 nicht erteilt ist, ist es verboten, die Heilkunde auszuüben,

(2) Ein Jude, dem eine Genehmigung nach § 2 erteilt ist, darf, abgesehen von seiner Frau und seinen ehelichen Kindern, nur Juden behandeln.

(3) Wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen des Abs. 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4

Die Bestallung als Arzt kann einem Juden nicht erteilt werden.

§ 5

(1) Ärzten, deren Bestallung (Approbation) nach den Bestimmungen dieser Verordnung erloschen ist, kann bei Bedürftigkeit und Würdigkeit von der Reichsärztekammer ein jederzeit widerruflicher Unterhaltszuschuß gewährt werden, wenn sie Frontkämpfer gewesen sind.

(2) Das Nähere bestimmt die Reichsärztekammer im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern und dem Reichsminister der Finanzen.

§ 6

Dienstverträge, die ein von § 1 betroffener jüdischer Arzt als Dienstberechtigter geschlossen hat, können von beiden Teilen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen für den 31. Dezember 1938 auch dann gekündigt werden, wenn nach den gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen die Auflösung des Dienstverhältnisses erst zu einem späteren Zeitpunkt zulässig wäre. Gesetzliche oder vertragliche Bestimmungen, wonach eine Kündigung des Dienstvertrags schon zu einem früheren Zeitpunkt zulässig sind, bleiben unberührt.

§ 8

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, die Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1433) durch Bekanntmachung entsprechend abzuändern.
Bayreuth, den 25. Juli 1938.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Reichsminister der Finanzen
In Vertretung
Reinhardt

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/ns.html>

Aufgaben:

6. Die neuen Regelungen von 1933 wurden „Nürnberger Rassegesetze“ genannt. Bestandteil dieser Regelungen sind die „Reichsbürgergesetze“. Erläutere, was M 2 besagt.
7. Erkläre, welche Ziele die Nationalsozialisten mit dieser Gesetzgebung verfolgten.
8. Nenne die Regelung, die die Grundlage für den Entzug der Kassenzulassung Else Liefmanns bildete. Überlege, was die Schließung der Praxis für sie bedeutete.
9. Verfasse einen Tagebucheintrag einer Mutter, die seit vielen Jahren mit ihren Kindern in die Praxis kam und diese nun geschlossen vorfand.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2. erw. Aufl., Konstanz: Hartung-Gorre, 1995.

Freudenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben : jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942 ; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz : Hartung-Gorre, 1993.

Kühbacher, Ingrid : Sie lebten in Freiburg. Erinnerungen beim Gang über den alten Friedhof. Freiburg: Schillinger 2006.

Filmüpp:

Ein Haus erzählt Geschichte(n): Hinter der Fassade. Das Liefmann Haus in Freiburg. Ein Film von Sigrid Faltin. SWR 2007.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

DIE POGROMNACHT AM 9. NOVEMBER 1938 IN FREIBURG

M1 Die Synagoge in der Werderstraße 1926

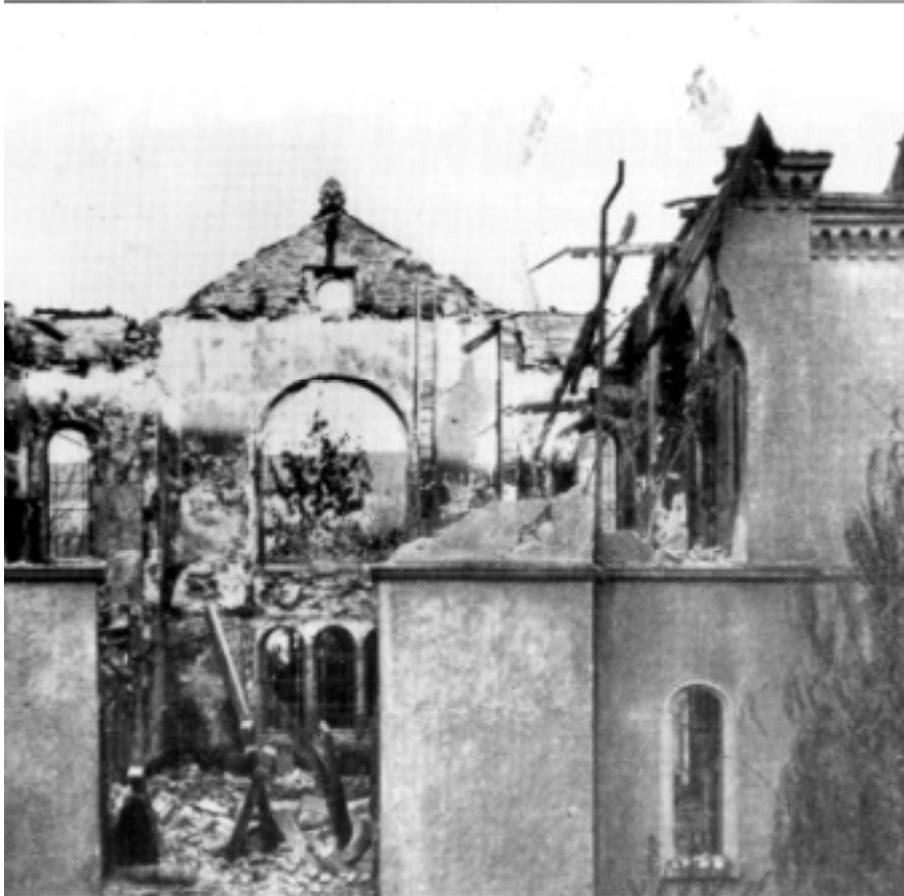
© Stadtarchiv Freiburg



Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

M2 Die zerstörte Synagoge am 10.11.1939, heimlich fotografiert

© Stadtarchiv Freiburg



M3

Darstellung der Ereignisse in der Freiburger Zeitung vom 10. November 1938 (Abendausgabe)

Das deutsche Volk in Notwehr
Abwehraktionen gegen jüdisches Verbrechen

Helle Empörung
Der Tod vom Rath's löst im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen aus
Berlin, 10. November.
Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Dr. vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entzündet.
Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich dabei auch vielfach in starken antisemitischen Aktionen Luft.
Karlsruhe, 10. November.
Die allgemeine Empörung über das ruchlose Verbrechen des Juden Grynszpan in Paris machte sich da und dort in Zusammenrottungen Luft. Eine große Zahl von Juden mußte zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. In einigen badischen Städten sind die Synagogen demoliert worden.

Waffenbesitz für Juden verboten
Anordnung des Reichsführers H. Himmler
München, 10. November.
Der Reichsführer H. und Chef der deutschen Polizei hat folgende Anordnung erlassen:
Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Juden gelten, ist jeglicher Waffenbesitz verboten. Zuwiderhandelnde werden in Konzentrationslager übergeführt und auf die Dauer von 20 Jahren in Schutzhaft genommen.

Aufgaben:

1. Vergleiche M1, M2 und M3 mit D8. Was meldet die Freiburger Zeitung? Erläutere, wie die Presse die Verfolgungen der jüdischen Bürger und die Zerstörung der Synagoge in Freiburg begründet. Beurteile diese Rechtfertigungsversuche.
2. Recherchiere Informationen zur jüdischen Gemeinde nach 1945 und der neuen Synagoge in der Nussbaumstraße. Dort werden auch Führungen und Gespräche für Schulklassen angeboten.

Freiburger Juden: ausgegrenzt, ausgeraubt, ermordet

M4 Die Neue Synagoge in Freiburg

© Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (Hecker)



DEPORTATIONEN IN DEN TOD



M1 Schild auf dem Platz der Alten Synagoge, © Sybille Buske

Das Schild auf dem Platz der Alten Synagoge, das zum Gedenken an die Deportationen der badischen und pfälzischen Juden in das Internierungslager Gurs in den französischen Pyrenäen aufgestellt wurde, gibt die Entfernung mit 1027 km an. Sieben Eisenbahnzüge aus Baden und zwei Züge aus der Pfalz brachten die Deportierten ins Landesinnere Frankreichs. Die Fahrt dauerte drei Tage und vier Nächte, bis die Gefangenen schließlich am Fuße der Pyrenäen in Oloron-Sainte-Marie auf Lastwagen verladen und die meisten in das Internierungslager Gurs gebracht wurden. Schon unterwegs starben einige ältere Menschen aufgrund der Strapazen: Große Enge, unzureichende sanitäre Anlagen, Nahrungs- und Wassermangel machten die Situation unerträglich. Am 23. Oktober meldete Wagner in vorauseilendem Gehorsam nach Berlin, sein Gau sei als erster Gau des Reiches „judenrein“. Damit hatte die Verfolgung eine neue Dimension erreicht: Für die meisten bedeutete die Deportation in den Tod. Die unmenschlichen Bedingungen dort bewirken, dass viele schon in den ersten Wochen bzw. im Verlauf des Winters sterben. Überlebende wurden in die Konzentrations- und Vernichtungslager in den besetzten Ostgebieten, Theresienstadt und Auschwitz, deportiert und dort ermordet. Den Holocaust überlebten 77 Freiburger Juden.

In ihren Erinnerungen „Helle Lichter auf dunklem Grund“ beschreiben Martha und Else Liefmann ihre Deportation nach Gurs und das Leben und Leiden im Lager zwischen 1940 und 1942 (Auszug, S. 16f.)

M2

Es war am 22. Oktober 1940, morgens gegen 9 Uhr, als es schrill an unserer Hausglocke läutete. Gleich darauf hörten wir Männerstimmen, und schon standen zwei Leute in unserem Zimmer: „Machen Sie sich fertig, in einer Stunde haben Sie das Haus zu verlassen. Sie können mitnehmen, was jeder tragen kann, auch etwas zu essen.“ Auf unsere bestürzte Frage, was

denn mit uns beabsichtigt sei, zuckten sie die Achseln. Auf den Einwand unseres Bruders, es sei noch kein Jahr her, dass die Gestapo ihm erklärt habe, wir könnten unbelästigt hier in unserem Haus bleiben („Herr Professor, auf Grund Ihrer Verdienste können Sie unbesorgt mit ihren Schwestern in Ihrem Haus leben“), hieß es heute: „Das war früher, jetzt gelten andere Bestimmungen.“ Auch unsere Hausangestellten hatten das Haus in derselben Zeit zu verlassen. Zwei Freundinnen kamen noch aus der Nachbarschaft; sie hatten von dieser Maßnahme gehört. Unser Bruder sagte: „Wir sehen uns nicht wieder, das ist der Tod.“

Für seinen Teil hat er recht behalten. (...) So glaubten wir, würden auch wir dem nahen Tod entgehen.

Aufgaben:

1. Arbeite aus dem Bericht heraus, wie die Deportation durchgeführt wird. Lies auch D 9 zur Ergänzung.
2. Erkläre, warum die Maßnahmen möglichst unbemerkt von der Freiburger Bevölkerung durchgeführt werden sollten.
3. Wir wissen heute, dass trotzdem viele Freiburger zu Augenzeugen der Verschleppungen wurden. Verfasse einen fiktiven Tagebucheintrag eines Nachbarn, der zufällig die Abholung der Geschwister Liefmann aus seinem Fenster beobachtet.
4. Recherchiere den Leidensweg der Verfolgten nach Gurs, den Aufenthalt dort und die oft erfolgten Deportationen nach Theresienstadt oder Auschwitz. Stelle deine Ergebnisse auf einem Plakat zusammen.

Literatur:

Liefmann, Martha/Liefmann, Else/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Helle Lichter auf dunklem Grund: die "Abschiebung" aus Freiburg nach Gurs 1940 - 1942 mit Erinnerungen an Professor Dr. Robert Liefmann, 2. erw. Aufl., Konstanz : Hartung-Gorre, 1995.

Freudenberg-Hübner, Dorothee/Wiehn, Erhard Roy [Hrsg.]: Abgeschoben : jüdische Schicksale aus Freiburg 1940 - 1942 ; Briefe der Geschwister Liefmann aus Gurs und Morlaas an Adolf Freudenberg in Genf, Konstanz : Hartung-Gorre, 1993.

DER VERFOLGUNG UND ERMORDUNG GEDENKEN

Die Opfer der Verfolgung und Ermordung sind nicht vergessen. Mahnmale, Gedenktafeln, Gedenktage und Veranstaltungen halten die Erinnerung an das einzigartige Verbrechen wach, das die Shoah bedeutet. Auch in Freiburg erinnern unterschiedliche Denkmale und Hinweise an das an den Juden begangene Unrecht. Die Abbildungen zeigen vier Beispiele für Möglichkeiten des Gedenkens.



M 1 Mantel auf der Wwili-Brücke (2003), © Sybille Buske



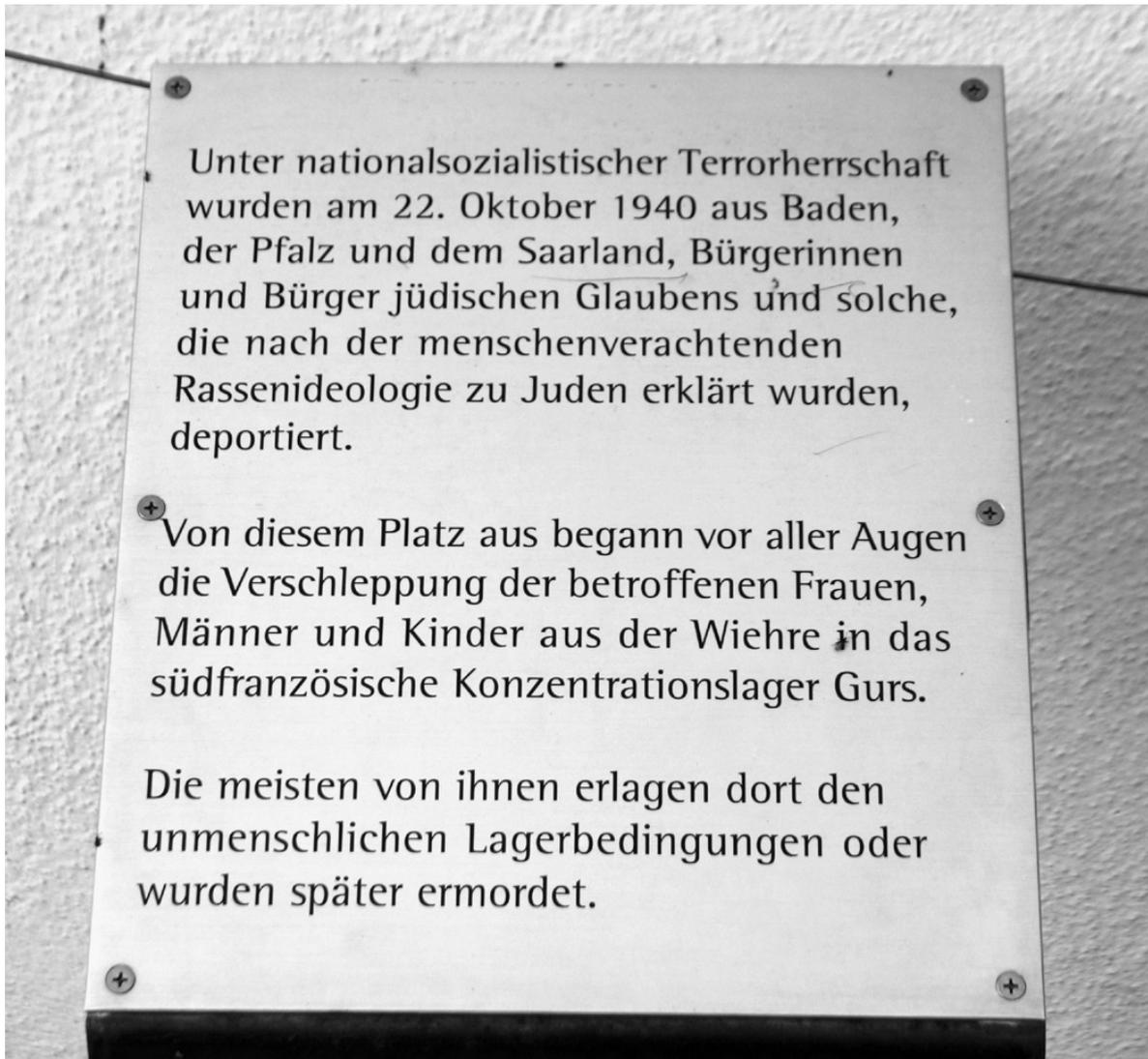
M2 Schild auf dem Platz der Alten Synagoge, © Sybille Buske



M3 Stolperstein vor einem Haus in der Konradstraße, © Sybille Buske



M4 Gedenktafel, Annaplatz, © Sybille Buske



M5 Text der Gedenktafel, Annaplatz © Sybille Buske

Aufgaben:

1. Betrachtet die Fotos aufmerksam. Beschreibt die jeweilige Darstellung genau. Vielleicht kennst du die Mahnmale. Dann kannst du den Ort beschreiben, an dem sie stehen. Nachdem du schon einige Stationen bearbeitet hast, kann du auch erklären, welche Bedeutung der Ort im Zusammenhang der Freiburger Judenverfolgung hat.
2. Analysiere, welche (künstlerische) Ausdrucksform jeweils gewählt wurde und was dies bei dir auslöst.
3. Recherchiere, was es mit dem Stolperstein-Projekt auf sich hat. Erläuterungen dazu findest du im Internet
<http://www.freiburg-im-netz.de/stolpersteine/stolpdoku.php>
4. Sammelt weitere Beispiele für Formen des Gedenkens (Orte des Gedenkens, Gedenktage etc.) in Deutschland und in anderen Ländern. Diskutiert in der Klasse, welche Formen des Gedenkens an die Shoah euch besonders geeignet scheinen.